

Bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe kocht der Ärger hoch. Beim Verband fallen bis zu 70 Prozent der von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Arbeitsgelegenheiten dem Rotstift zum Opfer – heftige Einbußen für das diakonische Jahresbudget. „Die arbeitsmarktpolitischen Reformen im Zuge des Sparpakets

der Bundesregierung sind für uns unerträglich“, wettet Diakonie-Vorstand Uwe Becker. „Sie sind ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung benachteiligte Arbeitslose nicht mehr fördern will und gleichzeitig ihre Rechtsstellung erheblich verschlechtert.“ Damit falle für viele Langzeitarbeitslose der letzte Hoffnungsschimmer weg, jemals wieder in ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu kommen.

Bange Blicke bei der Bildung

Insgesamt gab es 2010 bundesweit 290 000 Arbeitsgelegenheiten – gegenüber 2009 ein Rückgang von zwölf Prozent. Negative Zahlen auch beim Förderprogramm ‚Zukunftsperspektive‘, aus dem bundesweit 100 000 Arbeitsplätze entstehen sollten. Im Januar 2010 waren es aber tatsächlich nur 42 000, im November sogar nur noch 17 000. Und das war erst der Anfang. Eine Lücke von rund 4,3 Milliarden Euro klafft im Etat der Bundesagentur für Arbeit. Um sie zu schließen, setzt die Nürnberger Bundesbehörde flächendeckend die Kettensäge bei Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen an. Der von der Bundesregierung angekündigte Kahlschlag ist in vollem

Gang. In den kommenden drei Jahren will Berlin dem Amt jeweils vier Milliarden Euro weniger zur Verfügung stellen. Zwar plant

die Bundesagentur, in diesem Jahr immerhin noch 14,1 Milliarden Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auszugeben, wobei 3,4 Milliarden Euro auf die aktive Arbeitsförderung zur Integration und Qualifizierung von Arbeitslosen entfallen. Tatsächlich hatte die BA im vergangenen Jahr für diese Maßnahmen jedoch noch 4,26 Milliarden Euro rausgerückt.

Leiden müssen unter dem Nürnberger Maßnahmen-Massaker vor allem die 155 000 direkt von der BA betreuten Langzeitarbeitslosen. Obwohl ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent gestiegen ist, stehen 2011 rund 900 Millionen Euro weniger zur Verfügung als ein Jahr zuvor. Doch auch Jugendliche ohne Schulabschluss drohen beim Übergang in den Beruf auf der Strecke zu bleiben. Bis zu 50 Prozent der überbetrieblichen Ausbildungsplätze stehen Insidern zufolge zur Disposition. Die Träger der beruflichen Bildung sehen der nächsten Ausschreibungsrunde der Bundesagentur mit bangen Blicken entgegen. „In allen Bereichen kann es zum Kahlschlag kommen“, fürchtet Sibylle Klings, Geschäftsführerin von IN VIA in Köln. Wie viele seiner 300 Maßnahmenplätze dem katholischen Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit bleiben, ist kaum vorauszusagen.

Sicher ist nur: „Die Konkurrenz um die verbleibenden Plätze wird noch größer“, sagt Sibylle Klings. Dass weniger Jugendliche als in den vergangenen Jahren die Schule verlassen und zahlreiche Ausbildungsplätze bei Unternehmen un-

QUALIFIZIERUNG Der Bundesagentur für Arbeit kürzt die Arbeitsförderung in den kommenden drei Jahren um 16 Milliarden Euro. Langsam werden die Auswirkungen sichtbar. Die Träger versuchen mit Geschick und Mut, den Schaden zu begrenzen.

Text: Holger Bernert





Berater Effert, Geschäftsführer Kronen, Klings: Mehr denn je ist fürs Überleben Innovationskraft gefragt

besetzt bleiben, will sie nicht gelten lassen. „Die Jugendlichen, die eine überbetriebliche Ausbildung bei uns beginnen, haben keine Chance auf einen regulären Ausbildungsplatz.“ Ihnen fehle die nötige Ausbildungsreife, die Unternehmen für einen Vertrag voraussetzen.

Überlebensstrategien

Vor Ort versuchen die Träger, den Schaden zu begrenzen. Mit kluger Taktik und viel Verhandlungsgeschick wollen sie wenigstens die tragenden Säulen ihrer Angebote vor der fränkischen Kettensäge retten. Werner Just ist das gelungen. Der Leiter des Fachbereichs Beratung und Hilfe beim Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) in Köln hat es geschafft, alle 54 Beschäftigungsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose zu halten. Statt Stellen zu streichen, wurden die Stundenkontingente heruntergefahren. Waren die Teilnehmer bisher 39 Stunden pro Woche beschäftigt, sind es künftig nur noch 30 Stunden. Der Vorteil für den Träger: Die Betreuungspauschale wird pro Teilnehmer bezahlt, der Arbeitsumfang spielt keine Rolle. „Wenn die Teilnehmerzahlen zu stark fallen, sind unsere Angebote nicht überlebensfähig“, sagt Just. Grund: Die Kosten für die Infrastruktur können nicht beliebig reduziert werden. „Miete, Strom und Heizkosten für die Möbelhalle hängen nicht an der Anzahl der dort Beschäftigten“, erläutert der Verhandlungsfuchs. Zwar ist auch die Betreuungspauschale von 275 Euro auf 200 Euro gefallen, doch

ist Just guter Dinge, die Differenz wieder herein zu arbeiten. Im Fokus stehen der Umzugs- und Entrümplungs- sowie der Hausmeisterservice. „Wir wollen die Abläufe optimieren, um mehr Umsatz zu generieren“, sagt Just im Beraterjargon. Im Klartext: Mit guter Logistik und straffer Organisation sollen die Langzeitarbeitslosen mehr Arbeitsstunden leisten, die dann den Kunden in Rechnung gestellt werden können.

Für den Volksverein Mönchengladbach liegt die Latte deutlich höher. Der Träger musste die Zahl seiner Arbeitsgelegenheiten bereits im vergangenen Jahr von 130 auf 83 zurückschrauben. Geschäftsführer Hermann-Josef Kronen ist auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern, um der gemeinnützigen Gesellschaft das Überleben zu sichern. „Wir versuchen, öffentliche Töpfe anzuzapfen, unser Angebot auszuweiten und vermehrt Produkte für soziale Einrichtungen aus unserer Holzwerkstatt anzubieten“, fasst Kronen das Maßnahmenbündel zusammen.

Für Berater Carsten Effert gehen diese Schritte in die richtige Richtung. „Für Träger wird es nie nur die eine Lösung geben“, resümiert der Seniorberater und Projektleiter bei der Kölner Unternehmensberatung Rosenbaum Nagy. „Zur Überwindung der Krise ist eher eine Art Breitbandantibiotikum angesagt.“ Dazu gehöre, neue Kostenträger in den Finanzierungsmix einzubinden. Möglichkeiten bieten beispielsweise tagesstrukturierende Maßnahmen der Eingliederungshilfe (§

11, SGB XII). Aber auch Geschäftsmodelle jenseits der öffentlichen Refinanzierung können der Krise ein Ende bereiten, etwa Angebote in der ökologischen Landwirtschaft, im Naturschutz, der Hotellerie oder der Gastronomie. Notwendig dafür sei dafür jedoch der Mut, die Dinge unternehmerisch anzugehen, so Effert. „Daran hapert es bei manchen Akteuren noch.“ Träger der beruflichen Bildung haben das Stahlbad bereits hinter sich. Seit die Bundesagentur die Qualifizierungsmaßnahmen ausschreibt, mussten die Unternehmen aus den Bereichen Beschäftigung und Qualifizierung viel Innovationskraft beweisen. Vielen sei das gelungen, so Effert und mahnt: „Innovationskraft ist heute mehr denn je gefragt.“

Risiko immer gegenwärtig

Auch bei IN VIA in Köln liegen im Ausschreibungszeitalter Freud' und Leid nah beieinander. „Das Risiko, bei den Ausschreibungen zu verlieren, ist immer gegenwärtig“, resümiert Geschäftsführerin Klings. Für sie gehört die Suche nach Alternativen deshalb seit Langem zum Tagesgeschäft. Um verlorene Ausschreibungen zu kompensieren, bewirbt man sich beispielsweise regelmäßig um geförderte Projekte. Gerade erst haben Klings und ihr Team den Zuschlag für das EU-Projekt ‚Integration durch Austausch‘ erhalten. „Dort können wir im Bedarfsfall Mitarbeiter aus auslaufenden Maßnahmen beschäftigen“, freut sich die Geschäftsführerin.



Diakonie-Vorstand Becker, Fachbereichsleiter Just: Abläufe optimieren, um damit mehr Umsatz zu generieren